ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Werenfels, Isabelle

Research Report

Algerien nach den Parlamentswahlen: Neue Voraussetzungen für Reformen?

SWP-Aktuell, No. 19/2002

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Werenfels, Isabelle (2002) : Algerien nach den Parlamentswahlen: Neue Voraussetzungen für Reformen?, SWP-Aktuell, No. 19/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254376

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Algerien nach den Parlamentswahlen

Neue Voraussetzungen für Reformen?

Isabelle Werenfels

Die dritten pluralistischen Parlamentswahlen in Algerien bedeuten zwar keinen Schritt in Richtung Demokratisierung, denn der überwältigende Sieg der armeenahen ehemaligen Einheitspartei FLN (Front de libération nationale) birgt die Gefahr, daß die Armee weiterhin in der Politik dominiert. Doch eröffnet die personelle und zum Teil auch programmatische Erneuerung der FLN auch die Chance für Reformen. Noch läßt sich nicht abschätzen, wieviel Gewicht die Reformkräfte innerhalb der FLN haben. Wenn sie im politisch und sozial weiterhin instabilen Klima und gegen Interessen führender Militärs die von IWF und EU geforderten wirtschaftlichen und administrativen Reformen auf den Weg bringen wollen, brauchen sie Unterstützung von außen. Um so wichtiger, daß die EU ihren Forderungen nach Transparenz, Rechenschaftspflicht und Gewaltenteilung mehr Nachdruck verleiht.

Auf den ersten Blick scheint sich mit den algerischen Parlamentswahlen vom 30. Mai, den dritten seit dem Ende der Einparteienära 1989, wenig verändert zu haben: Eine armeenahe Partei hat eine andere armeenahe Partei abgelöst. Beim zweiten Blick indes weist das wenig überraschende, aber überraschend starke Comeback der Regierungspartei FLN – sie verfügt nun über eine absolute Mehrheit im Parlament – auf gesellschaftliche Entwicklungen und machtpolitische Verschiebungen hin, die Systemreformen nicht ausgeschlossen erscheinen lassen.

Um die 389 Sitze (bisher 380) in der Assemblée Populaire Nationale (APN), der unteren Kammer des Parlaments, bewarben sich 23 Parteien und über 10 000 Kandidaten. Mehrere Oppositionsparteien, allen voran die beiden berberophonen Parteien FFS (Front des forces socialistes) und RCD (Rasseblement pour la culture et la démocratie), haben allerdings die Wahlen boykottiert. Die ehemalige Einheitspartei FLN, bislang drittstärkste Partei, konnte unter der Führung des bisherigen und künftigen Premierministers, Ali Benflis, ihre Sitzzahl von 64 auf 199 (vgl. Tabelle) verdreifachen. Umgekehrt erging es der RND (Rassemblement national démocratique), welche von 155 Sitzen nur 47 halten konnte. Verloren haben auch die zwei gemäßigten islamistischen Parteien der bisher aus sechs Parteien bestehenden Regierungskoalition. Die MSP (Mouvement de la societé pour la paix, ehemals Hamas) büßte fast die Hälfte ihrer Sitze ein und fiel von 69 auf 38 Sitze zurück; die Ennahda (Renaissancepartei)

konnte von 34 Sitzen nur einen einzigen halten. Profitiert davon hat die MRN (Mouvement de la réforme nationale), die sich 1999 von der Ennahda abgespalten hatte, in die Opposition ging und nun 43 Sitze errang. Dennoch verloren die Islamisten insgesamt über 20 Sitze.

Die trotzkistische PT (Parti des travailleurs) dagegen, die einzige säkulare Oppositionspartei, die sich an den Wahlen beteiligte, konnte ihre Sitzzahl von 4 auf 21 erhöhen. Die von einer Frau geführte Partei profitierte vom Boykott der FFS und der RCD: Wer weder eine armeenahe noch eine islamistische Partei wählen wollte, dem blieb nur die Wahl der PT. Denn auch die meisten unabhängigen Kandidaten, die es insgesamt von 11 auf 30 Sitze brachten, stehen dem Regime nahe. Gleiches trifft auf die restlichen im Parlament vertretenen Kleinparteien zu.

Sitzverteilung in der APN 1997 und 2002

Partei	*Sitze 2002*	*Sitze 1997*
FLN	199	64
RND	47	155
MRN	43	0
MSP	38	69
PT	21	4
Ennahda	1	34
FFS	Boykott	20
RCD	Boykott	19
Kleinparteien	10	5
Unabhängige	30	11
Total	389	380

Die Wahlbeteiligung war mit offiziell 46% – die außerparlamentarische Opposition spricht von höchstens 26% – die niedrigste in der Geschichte des unabhängigen Algerien. In der seit Frühjahr 2001 von Aufständen beherrschten Kabylei, wo in den letzten 14 Monaten über 100 Jugendliche von den Sicherheitskräften erschossen wurden, setzte die Bürgerbewegung den Wahlboykott zum Teil mit massiver Gewalt durch. Infolgedessen lag die Beteiligung in dieser Region, der 25 Sitze im Parlament zustehen, nur bei rund 2%. Der Verfassungsrat hat die Wahlresultate dennoch für gültig erklärt.

Ungewöhnlich ist, daß mit den Wahlen 90% der Parlamentsabgeordneten ausgewechselt worden sind. Dieser erstaunlich starke Wechsel geht in erster Linie darauf zurück, daß FLN und RND fast ausschließlich neue Kandidaten auf ihre Listen setzten. In der Folge präsentiert sich das zweite Mehrparteienparlament so unerfahren wie das 1997 gewählte erste.

Bei den ersten Wahlen 1991, zu denen mehrere Parteien zugelassen wurden, war es nicht zur Bildung eines Parlaments gekommen. Nach dem sich abzeichnenden Sieg der islamistischen FIS (Front islamique du salut) brach die Armee im Januar 1992 die Wahlen mit einem *coup d'état* ab und löste damit einen Bürgerkrieg aus, der rund 150 000 Algerier das Leben kostete.

Die zweiten pluralistischen Parlamentswahlen wurden 1997 unter Ausschluß des FIS und erstmals nach Verhältniswahlrecht durchgeführt. Sie waren ein Versuch des Militärregimes, sich durch die Wiederherstellung von Verfassungsorganen eine demokratische Fassade zu geben und die eigene repressive Strategie gegen den Terror über die Urnen zu sanktionieren.

Diese Wahlen brachten zehn Parteien ins Parlament und wurden trotz Wahlunregelmäßigkeiten in Algerien wie auch im Ausland mit der Hoffnung auf ein Ende der Gewalt und auf den Beginn eines Demokratisierungsprozesses verbunden.

Keine Anzeichen für Demokratisierung

Spätestens im Vorfeld der Wahlen vom 30. Mai 2002 hat sich gezeigt, daß diese Einschätzung zu optimistisch war. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Armee und Islamisten, die Ende der 90er Jahre abgeflaut waren, sind im vergangenen Jahr wieder aufgeflammt und fordern jeden Monat bis zu 200 Todesopfer. In der Kabylei kommt es seit dem gewaltsamen Tod eines Jugendlichen in einem Gendarmerieposten im April 2001 fast täglich zu Zusammenstößen zwischen

demonstrierenden Jugendlichen und den Sicherheitskräften. Zudem gibt es keine Anzeichen, daß die begrenzte politische Öffnung zu einer Demokratisierung führt. So gab es diesmal nicht einen, sondern zwei Wahlkämpfe: einen für die Wahlen und einen gegen die Wahlen.

Paradoxerweise beteiligten sich am Wahlboykott ausgerechnet die politischen Kräfte, die in Algerien als »die Demokraten« bezeichnet werden, weil sie sich am westlichen Demokratieverständnis orientieren und säkular ausgerichtet sind. Dazu gehören in erster Linie die berberophonen Parteien FFS und RCD, aber auch kleinere legale Parteien sowie solche, denen das Innenministerium die offizielle Anerkennung als Partei verweigerte. Boykottiert hat die Wahlen auch eine ebenfalls offiziell nicht-anerkannte nationalistisch-islamistisch ausgerichtete Partei, die als Auffangbecken für Anhänger der verbotenen FIS gilt.

Die breite Boykottfront plädierte für ein Aufschieben der Wahlen, Verhandlungen mit der Armee über deren Rückzug aus der Politik, die Bildung einer breiten Übergangsregierung und die Ausrufung freier Wahlen. Dem Regime, so der Tenor, fehle es an Glaubwürdigkeit, Wahlen fair und transparent durchzuführen. Zudem sei es angesichts der eskalierenden Gewalt in der Kabylei unmöglich, dort reguläre Wahlen abzuhalten.

Mit ihrer Verweigerung haben sich die sogenannten Demokraten zumindest kurzfristig ins Abseits manövriert. Doch auch die Regierungspartien können ihren Wahlsieg weder als Zeichen der Stabilisierung noch als Vertrauensvotum für die bisherige Politik werten.

Die niedrige Wahlbeteiligung ist Ausdruck des mangelnden Glaubens daran, daß sich die Machtverhältnisse im Land über die Urnen friedlich verändern ließen. Nicht zuletzt aufgrund der historischen Erfahrungen gibt es in Algerien ein verbreitetes und fatales Credo, daß sich politischer Wandel nur mit Gewalt herbeiführen lasse.

Das Mißtrauen gegenüber Urnengängen ist angesichts des Vorwurfs massiver Manipulation und Absprache, der auch diesmal über den Wahlen schwebte, nicht überraschend. Internationale Beobachter gab es bis auf ausländische Journalisten, denen allerdings der Zugang in die Kabylei erschwert wurde, keine, und in Hunderten von Wahlbüros fehlte selbst eine Aufsicht der an den Wahlen teilnehmenden Parteien. Die bemerkenswert freie algerische Presse, die zum Teil sogar ausdrücklich den Boykott unterstützte, berichtete bereits im Vorfeld der Wahlen von Quoten, die mit den am Urnengang teilnehmenden größeren Parteien angeblich ausgehandelt worden seien. Ähnliche Behauptungen verbreiteten auch Parteichefs, die solche ›deals‹ angeblich ausgeschlagen hatten.

Abflauen des Islamismus?

Zu den Überraschungen dieses Urnengangs gehört das schlechte Abschneiden der islamistischen Parteien. Es wirft zwei Fragen auf. Erstens: Inwiefern spiegelt dieses Resultat die Einstellung der Bevölkerung tatsächlich wider, bzw. inwieweit handelt es sich, wie die islamistischen Parteien behaupten, um Manipulationen? Und zweitens: Was ist mit der ehemaligen Wählerschaft der FIS geschehen?

Selbst wenn man von Manipulationen ausgeht, gibt es Anzeichen dafür, daß die Islamisten an Rückhalt in der Bevölkerung verloren haben. Nach einem Jahrzehnt der Repression einerseits und der Kooptation durch das Regime andererseits ist die Basis des ohnehin sehr heterogenen FIS weitgehend zersplittert. Der Teil der früheren FIS-Wählerschaft, der sich in erster Linie aufgrund der sozio-ökonomischen Mißstände der Protest-Partei angeschlossen hatte, scheint dem Islamismus und häufig auch der Politik ganz den Rücken gekehrt zu haben, nicht zuletzt aus Abscheu gegenüber der islamistischen Gewalt. Oder er konnte wie auch ein Teil der religiösen FIS-Anhänger an das Regime gebunden werden. Dies ist entweder über den religiösen Flügel der FLN geschehen oder aber, häufiger, über die gemäßigt islamistische Partei MSP.

Letztere vertritt die Interessen der islamistischen und arabophonen wertkonservativen Bourgeoisie sowie der Mittel- und Kleinunternehmer und macht sich für Marktreformen einerseits und eine konservativere und sozialere Gesellschaftspolitik andererseits stark. Nun scheint der Partei der Spagat zwischen einer Regierungs- und einer Oppositionspartei zum Verhängnis geworden zu sein. Ihre Anhänger bestraften den »weichgespülten« und zu regimenahen Kurs.

Die drastischen Verluste der Ennahda gehen auf den Erfolg der von ihr abgespaltenen MRN zurück. Diese islamistische Partei gibt sich in ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen weniger moderat als die MSP, ist aber zumindest in ihren offiziellen Verlautbarungen der Demokratie verpflichtet. Ihre Wahlkampagne zielte auf »nationale Versöhnung« und versprach eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Position ihrer wirtschaftlich marginalisierten Wählerschaft, allerdings mit eher absurden Vorschlägen (etwa Trüffelzucht).

Im Wahlkampf sorgte die Partei wie auch die Ennahda durch Aufnahme sogenannter *repentis* auf ihre Listen für Schlagzeilen. Diese ehemals bewaffneten Islamisten waren unter dem sogenannten »Concorde Civile« amnestiert worden. Das von Präsident Bouteflika 1999 initiierte Abkommen war in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit abgesegnet worden und ermöglichte islamistischen Kämpfern, die ihre Waffen niederlegten, die straffreie Rückkehr ins normale Leben.

Der »Concorde Civile« sah aber keine Amnestie für die politischen Führer der FIS vor, so daß nun die Nummer 1 und 2 des FIS, Abassi Madani und Ali Belhadj, weiterhin unter Hausarrest bzw. im Gefängnis sitzen, während ehemalige Kämpfer versuchen, in der Politik mitzumischen. Ein großer Teil der Listen mit Kandidaten aus dem ehemaligen FIS-Milieu wurde von der Wahlkommission indes zurückgewiesen.

Die radikaleren islamistischen Kräfte, über deren Stärke nur spekuliert werden kann, scheinen den aus dem Gefängnis geschmuggelten Boykott-Aufrufen des FIS-Führers Ali Belhadj gefolgt zu sein.

Die Zahl der bewaffneten Islamisten ist zwar aufgrund des »Concorde Civile« stark zurückgegangen. Nach offiziellen Angaben haben bis Anfang 2000 rund 5500 Kämpfer des bewaffneten Flügels der FIS im Austausch für Amnestie ihre Waffen dem Staat übergeben. Doch sind noch immer zwischen mehrere Hundert Kämpfer der bewaffneten GIA (Groupement Islamique Armé) und der GSPC (Groupe Salafiste pour la prédication et le combat) aktiv.

Die Zahl der Gewaltakte in Form von Bombenanschlägen und Massakern hat im vergangenen Jahr spürbar zugenommen. Seit Herbst 2001 kommt es auch wieder zu Attentaten mitten in der Hauptstadt. Zielscheibe sind neben Sicherheitskräften auch Zivilisten. In den vergangenen 15 Monaten sind über 250 Armeeangehörige ermordet worden, 100 davon allein in den letzten drei Monaten. Und in ländlichen Gegenden vergeht kaum eine Woche ohne Massaker mit zweistelligen Opferzahlen.

Wieviele der Gewalttaten den genannten islamistischen Gruppierungen zuzuschreiben sind, ist schwer zu eruieren, zumal der Staat in den 90er Jahren seinerseits an die 500 000 Zivilisten bewaffnet und in Bürgerwehren eingesetzt hat. Aufgrund der Militarisierung der Gesellschaft und einer stark kriminalisierten informellen Ökonomie läßt sich kaum ausmachen, wieviele der Attentate auf das islamistische Konto gehen, wieviele auf Wegelagerei und wieviele auf Abrechnungen unter kriminellen Gruppen, etwa Schmugglerorganisationen.

Eine Involvierung der Armee in die Bluttaten – wie von ehemaligen algerischen Offizieren in den französischen Medien behauptet – ist ebenfalls nicht auszuschließen. Es ist anzunehmen, daß die bewaffneten islamistischen Gruppen von der Armee aus Kalkül nicht ganz dezimiert worden sind: Mit ihnen kann die anhaltende Repression gerechtfertigt und von Gewalt, die auf dubiose wirtschaftliche Machenschaften verschiedener Eliteclans zurückgeht, abgelenkt werden.

Neues Verhältnis Militär–Politik?

Der überwältigende Sieg der FLN, der ehemaligen Einheitspartei und Partei des Präsidenten und der Militärs kann pessimistisch interpretiert werden als die Konsolidierung der Rolle der Armee in der Politik. Er kann aber auch als Versuch der Armee gedeutet werden, sich graduell aus der Politik zurückzuziehen und die formellen politischen Institutionen und Prozesse zu stärken, wohlwissend, daß die FLN kurzfristig kaum einen Kurs einschlagen wird, der den Interessen der Armee zuwiderläuft. Für einen möglichen Rückzug der Militärs sprechen ihre Andeutungen über die Aufhebung des 1992 ausgerufenen Ausnahmezustands, der der Armee im Namen der Sicherheit weitreichende Kompetenzen über den militärischen Bereich hinaus gegeben hat.

Derzeit ist es so, daß der Einfluß des vom Präsidenten ernannten Premierministers auf Entscheidungen von strategischer Bedeutung marginal ist, etwa auf die Frage des Umgangs mit den Islamisten und den aufständischen Kabylen, aber auch auf Wahltermine und -bedingungen, auf Wirtschaftsreformen und die Ernennung von Ministern.

Das Parlament ist so gut wie machtlos, was unter anderem am Vetorecht der oberen Kammer liegt, die zu einem Drittel vom Präsidenten ernannt wird. Dennoch ist das Parlament eine wichtige Tribüne für Debatten und »agenda setting« geworden. So ist es Parlamentariern aus der Opposition immer wieder gelungen, die öffentliche Meinung gegen umstrittene Gesetzesvorschläge zu mobilisieren und diese über öffentlichen Druck zu blockieren. Die künftige Stärke des Parlaments wird maßgeblich vom Grad der Unabhängigkeit der FLN gegenüber der Armee abhängen.

Auch der Grad der Autonomie Präsident Bouteflikas gegenüber den Generälen, dem sogenannten *Cabinet noir,* ist schwer einzuschätzen. Letzeres setzt sich aus dem Generalstabschef, dem Geheimdienstchef, dem Direktor des Präsidialkabinetts, dem Sicherheitsberater des Präsidenten sowie einer Reihe weiterer Generäle zusammen. Es trifft, zusammen mit dem Präsidenten, auf undurchsichtige Weise strategisch wichtige Entscheidungen. Wer dabei welches Gewicht hat, unterliegt Spekulationen. Gelegentliche Indiskretionen ehemaliger hoher Offiziere und Politiker sowie der Zickzackkurs des Präsidenten in Sachen Reformen lassen jedoch auf wachsende Interessenkonflikte innerhalb des Cabinet Noir schließen.

Es war noch vor einem Jahr nicht selbstverständlich, daß die Generäle die ehemalige Einheitspartei unterstützen würden. Die FLN war Mitte der 90er Jahre bei ihnen in Ungnade gefallen, weil sie die sogenannte »Plattform von Rom« mitunterschrieben hatte. In dieser Erklärung hatte sich die damalige algerische Opposition 1995 auf drei Punkte geeinigt: Ende der Gewalt, Legalisierung der FIS und Abhaltung freier Wahlen – Forderungen, die von der Regierung umgehend abgelehnt wurden.

Daraufhin hatte das Cabinet noir 1997 dem neugegründeten FLN-Ableger RND zum Sieg verholfen. Doch bereits mit der Einsetzung von Premierminister Benflis, der nicht aus der damals größten Partei, der RND kam, sondern aus der drittgrößten, der FLN, hatten Armee und Präsident im Herbst 2000 ein deutliches Pro-FLN-Zeichen gesetzt. Im Wahlkampf nun haben Armee und Präsident der FLN ihre implizite, aber deutliche Unterstützung zukommen lassen, etwa indem ihm in den staatlichen Medien – noch besitzt der Staat das Radio- und Fernsehmonopol – am meisten Platz eingeräumt wurde.

Die FLN – eine Reformpartei?

Ein zweiter Grund für den Wahlerfolg der FLN dürfte deren verjüngtes und reformfreudiges Image sein. Der selbst bei Kritikern als vergleichsweise integer geltende Parteichef Benflis, ein 55jähriger Rechtsanwalt, hat die Revolutionsgeneration weitgehend ausgemustert und durch eine jüngere Generation ersetzt, die mehrheitlich unter 45 Jahre alt ist und bei den

neuen Parlamentariern zu über 80% aus Akademikern besteht – ein Novum für den FLN. Allerdings handelt es sich mehrheitlich um Sprößlinge der Nomenklatur. Der Reformwille der jungen FLN-Generation orientiert sich zwar nicht unbedingt an Demokratie nach westlichem Vorbild. Doch gibt es innerhalb der Partei eine Strömung, welche begriffen hat, daß grundlegende administrative und wirtschaftliche Reformen die Voraussetzung für die Entwicklung des Landes sind, und deshalb auf einen Rechtsstaat hinarbeitet. Auch gibt es das Bestreben, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen.

Zu den von der FLN propagierten Reformen gehört die des Bankwesens – noch fließen 90% der Gelder über staatliche Banken und das Kreditwesen funktioniert auf der Basis von Vetternwirtschaft – sowie eine Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz. Auf der Agenda von Benflis steht auch die dringliche Reform des veralteten Schulwesens, das mit der Arabisierung ganz drastisch an Qualität verloren hat und von Kritikern als »Laboratorium für den Terrorismus« bezeichnet wird. Diese Reform ist bisher nicht nur von den Islamisten blokkiert worden, sondern auch vom konservativen FLN-Flügel. Dasselbe gilt für die Reform des umstrittenen, die Frauen stark benachteiligenden Familienrechts. Benflis hat nun die parlamentarische Mehrheit. Ob er den Willen hat, die versprochenen Reformen notfalls gegen Protest aus den eigenen Reihen durchzusetzen, wird sich erweisen.

Was die Chancen für Reformen zugleich stärkt und schwächt, ist die tiefe und historische Verankerung der ehemaligen Revolutionspartei in der algerischen Gesellschaft. Während des Einparteienregimes von 1962 bis 1989 hat die FLN zahlreiche Massenorganisationen aufgebaut, dazu gehören Jugend- und Studentenverbände, aber auch Organisationen wie die der »Revolutionswaisen« und der »ehemaligen Revolutionäre«, die wirtschaftliche Privilegien genießen und ihre Legitimität aus dem Unabhängigkeitskampf beziehen.

Diese Organisationen, die der FLN noch immer nahestehen, sind weitverzweigte Patronage-Netze und dienen häufig als Sprungbrett für Kaderposten in der Administration. Da das Wahlverhalten in ländlichen Gegenden noch immer stark nach tribalen Mustern funktioniert, unterstützen ganze Familienclans und religiöse Bruderschaften geschlossen diejenige Partei, die am meisten Posten und Güter vermitteln kann.

Im Jahr 1997 konnte dies die nur drei Monate vor den Wahlen vom Regime zusammengebastelte und unterstützte RND, die der FLN nahe genug stand, der aber nicht der Einheitspartei-Mief anhaftete und die zudem eine kompromißlosere Haltung gegenüber den Islamisten vertrat. Doch interne Reibereien, ein wenig überzeugender Parteichef, dem Wahlmanipulationen in den Lokalwahlen von 1997 angelastet wurden, und das Wiederansteigen der Gewalt im Land ließen inzwischen die meisten RND-Wähler zu ihrer traditionellen Stammpartei FLN zurückkehren.

Benflis hat nun Bouteflikas verblaßte Rolle eines Hoffnungsträgers übernommen. Letzerer war 1999 mit einer ehrgeizigen Reformagenda für Wirtschaft und Administration angetreten, deren Umsetzung er allerdings bislang sehr zögerlich angegangen ist. Benflis gilt als möglicher Nachfolger und damit als Konkurrent des Präsidenten – was sich auf die für Reformen notwendige Zusammenarbeit der beiden negativ auswirken könnte. Bereits jetzt scheint der Präsident reformorientierte Ernennungen seines Premiers zu blockieren.

Weg aus der Krise in der Kabylei?

Das dringlichste kurzfristige Problem dürfte die Beilegung der Krise in der Kabylei sein. Die Region hat sich in den letzten Monaten der Staatsgewalt komplett entzogen. Verhandlungsversuche des Regimes vor den Wahlen wurden zurückgewiesen. Doch FFS und RCD, die sich mit dem Boykott in eine Sackgasse manövrierten, dürften nun daran interessiert sein,

mit der Regierung Benflis über Lösungen zu verhandeln. Es ist nicht auszuschließen, daß der Premierminister, der eine breite Koalition will, versuchen wird, diese Parteien zu beteiligen. Die FFS aber scheint auf der »Plattform von Rom« zu beharren. Inwieweit Teilkonzessionen der Regierung die Krise beenden könnten, ist unklar. Die im April erfolgte Anerkennung der Berbersprache Tamazight als einer nationalen Sprache etwa blieb hinter den Forderungen der Berber, die sie als Amtssprache durchsetzen wollten, zurück und hat die Lage nicht beruhigt.

Das liegt daran, daß es sich hier nicht bloß um einen ethnischen, kulturellen oder linguistischen Konflikt handelt; genausowenig, wie sich der Konflikt zwischen der FIS und dem Regime in den 90er Jahren einfach als eine Auseinandersetzung zwischen islamistischem und säkularem Gedankengut interpretieren läßt. Vielmehr geht es in beiden Fällen ganz schlicht und zentral um Fragen der Verteilung von Ressourcen und der demokratischen politischen Partizipation sowie um den Kampf gegen die *hogra*, wie die Algerier die Arroganz der Mächtigen bezeichnen.

Die 15 spezifischen Forderungen der kabylischen Bürgerbewegung, welche im Sommer 2001 in der »Plattform von El-Kseur« festgehalten wurden, könnten mehrheitlich genausogut von Islamisten aufgestellt worden sein. Sie verweisen nicht auf Autonomieansprüche der Kabylen, sondern auf Strukturprobleme von nationaler Dimension: die dominante Rolle der Armee in der Politik; die fehlende Unabhängigkeit der Justiz; die mangelnde Akzeptanz von Diversität, respektive die umstrittene Frage der nationalen Identität; die Korruption und Fehlverwaltung der ökonomischen Ressourcen des an Erdgas und Erdöl reichen Landes und die daraus resultierenden sozioökonomischen Probleme.

Was kabylische wie islamistische Jugendliche auf die Strasse und in die Gewalt treibt, sind nicht so sehr ideologische Ziele Vielmehr sind es die Jugendarbeitslosigkeit, die 30% beträgt und bei den jungen Algeriern jeden zweiten trifft, sowie die Wohnungsnot. Eine Wohnung von zwei bis drei Zimmern wird im algerischen Durchschnitt von sieben Personen bewohnt. Mit dem Rückgang des Bevölkerungswachstums im letzten Jahrzehnt von 2,9% auf 1,4% sind die langfristigen Perspektiven besser. Doch ändert das nichts an den kurzfristigen Problemen, zumal 70% der Bevölkerung jünger als 30 Jahre sind.

Reformen gegen Wirtschaftsinteressen

Auf den ersten Blick präsentiert sich die makroökonomische Situation erfreulich. Nach einer vom IWF geforderten ersten Runde von Strukturanpassungen sind die Devisenreserven auf 18,3 Mrd. Dollar gestiegen, die Auslandverschuldung seit 1995 von 76,1% auf 41,9% des BIP gesunken. Das staatliche Budget verzeichnet Überschüsse von rund 6% des BIP.

Doch das Wachstum ist mit 2000 2,4% und 2001 etwa 1,9% bescheiden. Zudem geht die gesamte positive Bilanz von einem einzigen Wirtschaftsbereich aus, dem Erdöl/Erdgassektor, der 97% der Exporterlöse ausmacht und dessen Anteil an den Staatseinnahmen über 60% beträgt. Die Rente aus diesem Sektor hat es dem Regime erlaubt, weitverzweigte Patronagenetzwerke aufzubauen und regimestützende, nichtstaatliche Organisationen zu unterhalten und so sein Überleben zu sichern. Die Zahl der durch Nähe zum Regime privilegierten Algerier wird auf bis zu 800 000 Personen geschätzt.

Alle vom Erdöl/Erdgas unabhängigen Industriesektoren weisen rückläufige oder gar negative Wachstumsraten auf. Die Sanierung und/oder Privatisierung der maroden Staatsbetriebe stößt nicht nur bei den Gewerkschaften auf Widerstand, sondern auch in der Nomenklatura. Denn auch die staatlichen Unternehmen sind ihrerseits in das mit der Administration eng verflochtene klientelistische Systeme eingebettet. Zudem sabotiert eine mächtige, der Armee nahestehende Lobby, die über Importmonopole verfügt, Versuche, die einheimische

Produktion zu steigern. Willkürliche Import-, Zoll- und Kreditbestimmungen stören zudem die Entwicklungsperspektiven der kleineren und mittleren privaten Unternehmen.

Angesichts dieser Situation überrascht kaum, daß sich ausländische Anleger, außer beim lukrativen Erdöl-/Erdgassektor, zurückhalten: Ausländische Investitionen beliefen sich in den letzten Jahren, den Ölsektor miteingerechnet, auf rund 500 Mio. Dollar jährlich – ein Bruchteil im Vergleich zu den Nachbarstaaten Marokko und Tunesien. Dabei spielte die problematische Sicherheitslage weniger eine Rolle als die Rechtsunsicherheit. Durch das Fehlen einer unabhängigen Justiz existieren so gut wie keine Kontrollmechanismen. Die wirtschaftliche, politische und militärische Macht konzentriert sich in wenigen Händen, und es ist schwierig, eine Trennlinie zwischen der wachsenden informellen Ökonomie und der zumindest theoretisch formellen zu ziehen.

Einflußmöglichkeiten der EU

Selbst wenn man Premierminister Benflis den Willen dazu unterstellt, wird es kein Leichtes sein, den für die algerische Volkswirtschaft so desaströsen Praktiken einen Riegel vorzuschieben. Die Gefahr in Algerien ist heute weniger, daß das Rad der politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung zurückgedreht wird, als daß sich die sie begleitenden undurchsichtigen Machenschaften von Eliteclans, welche ihre Interessen auch mit Gewalt durchsetzen, verfestigen.

Um so wichtiger ist es daher, daß die EU die Reformkräfte im neuen Parlament und in der Regierung unterstützt. Durch die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens mit Algerien im April 2002 sind dafür gute Voraussetzungen geschaffen worden. Zumal die EU, und hier insbesondere Frankreich, Italien und Spanien, der mit Abstand wichtigste Handelspartner Algeriens ist. Deutschland ist Algeriens fünfte Adresse für Importe.

Europa muß sich bewußt sein, daß wirtschaftliche Entwicklung in Algerien grundlegende politische und institutionelle Reformen voraussetzt. Es ist folglich zentral, daß die EU auf folgenden fünf Punkten beharrt, die alle auf mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht abzielen und bestehende korrupte Praktiken unterminieren:

- Etablierung eines unabhängigen Justizsystems.
- Reformen im Bankensektor, so daß sich der Privatsektor (insbesondere mittlere Unternehmen) besser finanzieren kann.
- Reformen der Besteuerung, insbesondere von Unternehmen.
- Entsendung von Beobachtern zu den Lokalwahlen im Oktober 2002. Wenn diese fair und frei verlaufen, ist die Legitimität der Lokalverwaltung wiederhergestellt und damit zumindest im Ansatz das Vertrauen in den Staat.
- Einhaltung von Menschenrechten und Förderung der Meinungsfreiheit nicht nur der Medien, sondern auch von Menschenrechtsorganisationen.

Daß die algerischen Machthaber für Druck aus Europa durchaus empfänglich sind, zeigt die Menschenrechtsbilanz, die sich, sieht man von der Kabylei ab, in den letzten Jahren verbessert hat. Dies geht stark auf Kampagnen europäischer NGOs zurück. Die Globalisierung der Justiz hat ihre abschreckenden Signale auch nach Algerien ausgesandt.

Die EU darf auch nach dem 11. September nicht versucht sein, kurzfristig zu denken und das algerische Regime bedingungslos zu unterstützen – auch nicht im Interesse des europäischen Erdgasbedarfs. Wenn es nicht bald zu Systemreformen kommt, wird die Gewalt, egal welcher Provenienz, ohne Zweifel weiter zunehmen. Die langfristigen Folgen bekäme, etwa in Form von Migrationsproblemen, auch Europa zu spüren.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org